

Philipp Jacks  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)  
Vorsitzender Frankfurt am Main

Tag der Arbeit in Frankfurt am Main  
1. Mai 2017

---

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der erste Mai ist kein Feiertag wie jeder andere – er ist der einzige inhaltlich-politische Feiertag des Jahres: in der Hessischen Verfassung steht, dass der 1. Mai das Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit, zu Fortschritt, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung versinnbildlicht. In diesem Sinne begehen die Gewerkschaften den Tag der Arbeit nicht erst seit der Gründung unseres Landes. Vielen Dank, dass ihr heute hier seid und den Tag der Arbeit mit uns allen gemeinsam zu einem politischen Feiertag macht!

Auch wenn in der hessischen Verfassung der Begriff „Solidarität“ nicht ausdrücklich vorkommt, so ist es doch das Wort, das die dort genannten Werte zusammenfasst.

Und Solidarität ist wohl einer der wichtigsten Werte der heutigen Zeit, denn zu viele reaktionäre Kräfte spalten die gemeinsamen Interessen der weltweiten Arbeitnehmerschaft. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass wir unser Bewusstsein dafür nicht verlieren: denn die Grenzen der Interessenspolitik verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten, zwischen Besitzenden und Lohnabhängigen. Der gesellschaftliche Reichtum muss endlich gerecht verteilt werden und für das Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden!

Solidarisch sind wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Türkei! Dort sind zahlreiche unschuldige Menschen inhaftiert und ohne rechtsstaatlichen Schutz – auch der deutsche Journalist Deniz Yücel aus Flörsheim und zahlreiche türkische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Das Referendum wurde nicht nur von OSZE-Beobachtern und dem Europarat für seine unfairen, intransparenten und undemokratischen Rahmenbedingungen bemängelt. Und nur wenige Tage nach diesem umstrittenen Referendum steigt der neue alte Diktator voll in den Krieg ein.

Aber nicht etwa gegen den vor seiner Haustür wütenden Islamischen Staat. Nein, er bombardiert kurdische Stellungen und Radiostationen.

Zur Erinnerung: die kurdischen Volkseinheiten YPG kämpfen seit Jahren an der Seite der USA und anderen gegen den selbsternannten Islamischen Staat, haben große Gebiete zurückerobert und von der menschenverachtenden IS-Unterdrückung befreit. In diesem Zusammenhang wurden die kurdischen Volkseinheiten auch vor zwei Jahren von der deutschen Bundesregierung mit Waffen versorgt, um gegen den IS zu kämpfen.

Logischerweise hätte die Bundesregierung die jüngsten Angriffe der türkischen Armee auf die YPG heftig kritisieren müssen, wie es die USA zum Beispiel getan hat. Aus Deutschland hört man dazu aber nur Schweigen.

Damit nicht genug: Anfang dieses Jahres hat die deutsche Bundesregierung sogar die Flaggen der YPG auf die Liste der verbotenen Abzeichen gesetzt. Warum? Tut diese Bundesregierung eigentlich alles, um dem türkischen Machthaber zu gefallen? Es ist für mich schon unerträglich, dass wir diesem



Unmenschen Milliarden für die Flüchtlingsabwehr zahlen. Flüchtlinge, die vor den Kriegen fliehen, die unter anderem mit deutschen Waffen und deutschem Giftgas geführt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen menschenfeindlichen Kurs zu verlassen!

Wir sind für ein solidarisches Europa! Wer die EU retten will, muss sie endlich demokratisieren, anstatt sie weiter zu einem Europa der Konzerninteressen verkommen zu lassen! Die Menschen müssen merken, dass die EU ihnen persönlich etwas bringt – und zwar nicht nur Reisen ohne Geldumtausch und ohne zusätzliche Handykosten. Viele können sich solche Reisen ohnehin gar nicht mehr leisten!

Die europäischen Werte die die Bevölkerung einfordert lauten Menschenrechte, Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Solidarität! Das ist zumindest das Ergebnis von repräsentativen Umfragen in der Bevölkerung – und das ist auch unsere Meinung! Das muss aber auch endlich bei den von Wirtschaftslobbyisten in die Irre geleiteten EU-Politikern ankommen! Sie müssen endlich Politik im Sinne der Bevölkerung machen, wenn sie die EU erhalten wollen. Ja zur EU, ja zur Demokratie, ja zu einem Investitionsprogramm gegen die katastrophalen Folgen der von Deutschland durchgedrückten Sparpolitik!

Nun möchte ich ein eher ungewöhnliches Thema zu einem großen Arbeitgeber hier vor Ort ansprechen: denn auch die Europäische Zentralbank hier in Frankfurt zeigt gerade aktuell mal wieder, dass es den EU-Institutionen eben nicht um die Menschen geht, sondern nur um Finanzinteressen. In der EZB gibt es die Gewerkschaft IPSO mit der wir seit vielen Jahren gut zusammenarbeiten. Schon seit langem ist in der EZB das Problem, dass ein



sehr hoher Anteil der Beschäftigten Leiharbeiter ist. Einige der Kolleginnen und Kollegen arbeiten dort schon seit 10 Jahren als Leiharbeiter!

Vorgestern erhielten wir von der IPSO die Nachricht, dass die EZB-Führung nun auf das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz der Bundesregierung reagieren will. Denn mit der seit 1. April geltenden Änderung müssen Leiharbeiter ja das gleiche Gehalt bekommen wie die Stammebelegschaft.

Die EZB will aber die Leiharbeiter nicht etwa übernehmen und fest anstellen! Nein, die Arbeiten sollen outgesourct werden, damit weiterhin Löhne unter dem EZB-Niveau gezahlt werden können – was das für die betroffenen Beschäftigten bedeutet ist uns allen klar.

Genau das ist EU-Politik wie wir sie nicht wollen und die dazu führt, dass die EU immer unbeliebter wird. Wir sind solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der EZB und fordern die Führung auf, das Outsourcing zu stoppen und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen fest anzustellen!

Wir sind auch solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den USA und in Frankreich. In beiden Ländern gab es am Ende die Wahl zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus – und auch wenn diese beiden die Grundwerte unserer Gesellschaft infrage stellen und gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft gehen, sind wir uns einig, dass Nationalismus und Rassismus keine Option sein darf.

Donald Trump hat glücklicherweise in den ersten 100 Tagen bewiesen, dass seine Wahlversprechen genauso unrealistisch sind wie sein Weltbild.

Nun schauen wir gespannt nach Frankreich: dort hatten 30 Prozent der unter 35-jährigen für den linken Kandidaten Mélenchon gestimmt, damit war er in dieser Altersgruppe stärkste Kraft. Das stimmt mich doch sehr hoffnungsvoll, denn das zeigt, dass bei der jüngeren Generation sehr wohl wieder ein Bewusstsein für eine solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaft besteht!

Was unsere Welt braucht ist eine Politik, die den sozialen Frieden herstellt und wirtschaftlich und ökologisch den Menschen Perspektiven bietet. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden sind die Basis für inneren und äußeren Frieden. Dazu gehört auch, die Löhne in Deutschland endlich angemessen zu erhöhen!

Die deutschen Löhne werden von uns, aber auch international, zurecht als wettbewerbsverzerrend kritisiert. Deutschland ist mit dieser Lohnpolitik mitverantwortlich für die Armut, insbesondere Alters- und Frauenarmut, und die Arbeitslosigkeit in Europa und der Welt.

Anstatt uns endlich ernsthaft diesen dringenden Problemen zu widmen und Geld dafür in die Hand zu nehmen, steigen die Rüstungsausgaben. Global entsprechen die Rüstungsausgaben dem Zwölffachen der öffentlichen Entwicklungshilfe, auch Deutschlands Militärausgaben sind fünfmal so hoch wie die der Entwicklungshilfe, gleichzeitig sind deutsche Unternehmen daran beteiligt, Kriege, Hunger und Ausbeutung zu fördern und von ihnen zu profitieren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist einer zivilisierten Gesellschaft nicht würdig.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche dieser Zeit müssen im

Sinne der Bevölkerung gestaltet werden. Das geht aber nur, wenn die Menschen durch mehr Beteiligung auch ernst genommen werden. Und diese Beteiligung, liebe Kolleginnen und Kollegen, beginnt selbstverständlich dort, wo Menschen tagtäglich zusammen arbeiten.

Und wir brauchen nicht nur mehr Betriebliche Mitbestimmung – sondern auch eine modernisierte. Eine, die dem 21. Jahrhundert und den aktuellen Entwicklungen gerecht wird.

Ohne die notwendige Stärkung und Aktualisierung der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen riskieren wir nicht nur unsere wirtschaftliche Stabilität, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn der Sinn für die Demokratie und die demokratische Kultur verloren gehen, verlieren wir mehr als die betriebliche Mitbestimmung.

Aber schauen wir auf die positiven Dinge: die Gewerkschaften konnten ihre Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr größtenteils halten oder sogar erhöhen. Auch hier zeigt sich ein Bewusstseinswandel bei den jüngeren Leuten, auch wenn natürlich noch ein langer Weg vor uns liegt.

Die Gewerkschaften haben viel erreicht im vergangenen Jahr! Die Übertragung des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes auf die Beamten, für die wir so lange gekämpft haben, und die nach Nullrunden und Ein-Prozent-Affronts so überfällig war, wurde nun endlich umgesetzt. Das ist ein guter Erfolg, auch wenn der Innenminister uns viel zu lange hingehalten hat!

In Usingen konnte die IG Metall einen Erfolg feiern: die Schließung von Zumtobel konnte zwar leider nicht verhindert werden, aber der lange und

harte Arbeitskampf über acht Wochen kann trotzdem als Erfolg gebucht werden: es wurde ein guter Sozialplan mit guten Abfindungen und Übergangsregelungen erkämpft – ohne den tollen Zusammenhalt der Belegschaft und die Solidarität in der Region und darüber hinaus wäre das nicht möglich gewesen. Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Respekt!

Ver.di hat sehr gute Tarifabschlüsse bei den Bodenverkehrsdiensten, im Wach- und Sicherheitsgewerbe und bei den Geld- und Werttransporten erreichen können.

Bei der Bahn wurde von der EVG ein neuartiger Tarifvertrag verhandelt, bei dem die Beschäftigten sich wahlweise mehr Geld, eine Wochenstunde weniger Arbeit oder 6 Tage mehr Urlaub im Jahr aussuchen können.

Die IG BCE hat in der Tarifrunde Chemie 5,3 Prozent auf zwei Jahre verhandelt. Der ebenfalls neuartige Tarifvertrag Demografie und Lebensarbeitszeit ist in Kraft getreten, das bedeutet 750 Euro pro Beschäftigtem und Jahr.

Die NGG hat im vergangenen Jahr erfolgreiche Arbeitskämpfe bei Glockenbrot hier in Frankfurt, bei Eurest und im Hotel- und Gastgewerbe geführt. Bei den immer noch laufenden Tarifverhandlungen mit der Systemgastronomie sieht es leider sehr düster aus. Die Arbeitgeber bieten 1,3% und bewegen sich keinen Bruchteil. Die Kolleginnen und Kollegen könnten unser aller Unterstützung gut gebrauchen, denn mal wieder sind es die ohnehin schon schwierigen Bereiche, die noch mehr ausgepresst werden sollen.

Die GEW hat eine sehr gute Honorarerhöhung bei den Dozenten der Frankfurter VHS erreicht.

Die Themen Rente, Mindestlohn und Industriepolitik sind natürlich Dauerbrenner für die Beschäftigten der Region. Auch da haben wir viel erreicht aber werden auch weiter dran bleiben. Und wir freuen uns natürlich sehr, dass einige wichtige Forderungen der Arbeitnehmerschaft sich im Frankfurter Koalitionsvertrag wiederfinden: die Einrichtung einer Kontroll- und Sanktionsstelle Schwarzarbeit bei öffentlichen Vergaben, die Sanierung der Paul-Ehrlich-Berufsschule in Höchst, die Schaffung von Azubi-Wohnheimen und die bereits beginnende Umsetzung dieser Forderungen mit Begleitung durch den Beirat Industrie. Vielen Dank an diejenigen, die diese Forderungen in den Koalitionsvertrag reinverhandelt haben!

Für die Bevölkerung der reichen Stadt Frankfurt ist Armut leider immer noch ein Problem. Und da rede ich nicht nur von Arbeitslosen. Fast fünfzig Prozent der Frankfurter Bevölkerung hätte Anrecht auf gefördertem Wohnraum – bei einer vierköpfigen Familie liegt der Schwellenwert für die Berechtigung bei einem Jahreseinkommen von 58.000 Euro brutto. Das ist zwar schon ein sehr ordentliches Gehalt, aber nicht genug, um sich in Frankfurt auf dem freien Markt eine angemessene Wohnung mieten, geschweige denn kaufen zu können.

Die Agentur für Arbeit Frankfurt hat ausgerechnet, wie hoch der Lebensunterhalt für eine Familie mit einem vier- und einem sechsjährigen Kind in Frankfurt ist. Das Ergebnis: knapp 4.000 Euro im Monat! Da braucht eine normale Familie schon mindestens zwei Jobs, um sich das leisten zu können.



Dass Mieten und Immobilienpreise zu den teuersten in der ganzen Republik gehören, ist uns allen nicht neu. Auch weitere Lebenshaltungskosten wie der öffentliche Nahverkehr sind hier deutlich teurer als in anderen Großstädten, vom ländlichen Raum ganz zu schweigen.

Unter Berücksichtigung dieser regionalen Unterschiede der Preisniveaus hat kürzlich das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) eine Studie zur Kaufkraftarmut vorgelegt.

Und siehe da: nicht in den ostdeutschen Flächenländern, sondern vor allem in westdeutschen Großstädten herrscht Armut, in Frankfurt ist jeder vierte Bürger, bzw. insbesondere mehr als jede vierte Bürgerin von Armut betroffen. Mehr als in München, mehr als in Hamburg, mehr als in Berlin und mehr als in Stuttgart! Nur in Köln, Duisburg, Bremen und einigen kleineren Großstädten liegt die Kaufkraftarmut noch höher.

Daran muss sich dringend etwas ändern, denn das bedeutet, dass die Einkommensunterschiede in Frankfurt besonders hoch sind. Wenn trotzdem manche Politiker stets betonen, dass es Deutschland so gut wie nie geht, dann klingt das für die Betroffenen zynisch und kostet der Demokratie im Ganzen Glaubwürdigkeit.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist schon viel für eine sozialere, gerechtere Stadt getan worden, das möchte ich hier auch ausdrücklich sagen und loben. Trotzdem muss auch hier weit mehr passieren, denn zum Beispiel der soziale Wohnungsbau ist in den vergangenen Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden. An den Ständen hier auf dem Platz findet ihr eine Unterschriftensammlung der NBO zum Thema Sozialer Wohnungsbau, bitte

nutzt die Gelegenheit, Euch daran zu beteiligen.

Zuletzt möchte ich noch kurz das Thema Privatisierung von öffentlichem Eigentum ansprechen. Als Deutscher Gewerkschaftsbund sagen wir schon seit Jahren: das ist ein Irrweg! Die Privatisierung führt fast immer zu schlechterer Leistung und mehr Kosten für die Bürgerinnen und Bürger!

Deswegen wehren wir uns auch ganz klar gegen die Autobahnprivatisierung, die nun kurz vor dem ersten Mai doch wieder abgesagt wurde – angeblich. Ich bitte Euch: bleibt wachsam! Wenn profitables Gemeineigentum verhöckert wird und defizitäre öffentliche Unternehmen in Staatshand bleiben, dann ist es kein Wunder, dass die öffentlichen Kassen leer sind! Bei kaum einem anderen Punkt zeigt sich die Schwachsinnigkeit der neoliberalen Ideologie so offen wie bei der Frage der Privatisierung von öffentlichem Eigentum: dazu sagen wir Nein! Im Gegenteil: wir fordern die Rekommunalisierung von Öffentlichem Nahverkehr, und auch die Schulen, Kliniken und jegliche andere Formen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen in Bürgerhand sein und nicht dem Profitinteresse der Privatkonzerne untergeordnet werden.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und Glück auf!